

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal exkl. Bestellgeld.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Coppingerstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltweite 20 Pf.,
für Werbungsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, anern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Dr. 23

Stuttgart, den 7. Juni 1902

18. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Mitglieder werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß bei Abreise die Abmeldung bei der Stelle geschehen muß, wohin die Beiträge entrichtet wurden; die erfolgte Abmeldung ist im Mitgliedsbuch unter Beidruck des Stempels in der Rubrik Bemerkungen zu bestätigen. Ohne diesen Nachweis der erfolgten Abmeldung kann eine Anmeldung in einem anderen Orte nicht angenommen werden.

In's Ausland reisende Mitglieder haben außer der Abmeldung bei der Zahlstelle sich noch beim Verbandsvorstand abzumelden unter Abgabe des Mitgliedsbuchs. Die Abmeldung kann nur als erfolgt acceptiert werden, wenn die betreffenden Mitglieder mit ihren Beiträgen bis zum Tage der Abmeldung auf dem Laufenden sind. Bei der Rückkehr vom Ausland müssen sie sich sofort wieder anmelden.

2. Die durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder wegen militärischen Übungen vom Beitrag befreiten Mitglieder müssen den Grund der Befreiung von der Beitragspflicht im Mitgliedsbuch sich eintragen lassen und sind die mit Quittungsmarken dann nicht zu beklebenden Felder mit dem kleinen Stempel zu bedrucken. Auf der Reise befindliche Mitglieder haben letzteres am Ende jeder Woche von der Zahlstelle vornehmen zu lassen, die sie in der genannten Zeit berühren. Jedes Mitglied muß durch sein Mitgliedsbuch jederzeit nachweisen können, wann es Beiträge geleistet und wann es am Orte oder auf der Reise von der Beitragspflicht befreit war.

3. Arbeitslos werdenden Mitgliedern, welche mit der Beitragsleistung noch im Rückstand sind, dürfen Legitimationen zum Bezug von Unterstützung nicht verabsolgt werden.

Nachzahlung restierter Beiträge zu dem Zwecke, Unterstützung bekommen zu können, ist nur gestattet, wenn nicht mehr als sechs Wochenbeiträge im Rückstand sind.

4. Nachstehende Mitgliedsbücher werden, weil den betreffenden Inhabern abhanden gekommen, für ungültig erklärt. Dieselben sind bei eventuellem Vorzeigen einzuziehen und an Unterzeichneten einzusenden.

Nr. 33 108 ausgestellt für Peter Hoffmann.
= 36 340 = = Karl Schramm.
= 36 454 = = Louise Kurz.
= 36 455 = = Frieda Lindner.
= 38 911 = = Herm. Rehnenklaus.

Der Verbandsvorstand.
I. A.: A. Dietrich.

Aus dem Verbandsleben.

In den letzten Monaten stand das Verbandsleben unter dem Zeichen der Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress. Sie, und im Zusammenhange damit die Versicherung der Gewerkschaftsbeamten, waren dazu angethan, zeitweilig das Interesse aller übrigen, den Verband berührenden Fragen in den

Hintergrund zu drängen. Ob in der That diese Frage von so hoher Bedeutung für den Verband ist und es deshalb nöthig war, eine Haupt- und Staatsaktion aus ihr zu machen, so daß fogar die Wahl der Delegierten von ihrer Stellungnahme dazu abhängig gemacht werden sollte, könnte angezweifelt werden. Für die Beamten ist ja diese Frage an sich von größerer Bedeutung, aber für die Organisation kann es sich doch im Grunde genommen nur darum handeln, ob sie gewillt und im Stande ist, für die Pensionierung der Beamten etwa 135 Mk. jährlich auszuwerfen. Und diese doch wahrhaftig untergeordnete Sache scheint uns nicht von solcher Wichtigkeit, daß man deshalb alle anderen für die Gewerkschaftsorganisationen weit wichtigeren Fragen des Kongresses übergibt, sie gar nicht diskutirte und nur diese eine herausfischte, um sie auch noch zum Anlaß zu nehmen, scharf pointirte Resolutionen und Worte gegen die Gewerkschaftsbeamten überhaupt zu richten.

So ist unter Anderem auch den Beamten inter-pretirt worden, daß sie die Erfolge der Gewerkschaften „aufbauschen“. Damit ist ihnen doch indirekt gesagt, daß sie nicht aus ehrlicher innerer Ueberzeugung und aus lauterer Motiven in Wort und Schrift für die Organisation wirken, sondern mehr vom materiellen Interessenstandpunkt aus. Gegen eine solche Unterstellung und solche vage Behauptung sich zu wenden, liegt für die Beamten allerdings keine Ursache vor, denn kein Mensch, der Ohren hat zu hören und Augen hat zu sehen, wird die Erfolge der Gewerkschaften in dem letzten Jahre bestreiten wollen. Die Aufgabe der Beamten aber ist es und ihre Stellung verpflichtet sie dazu, diese tatsächlichen Fortschritte in der Organisation den Mitgliedern und der Öffentlichkeit publik zu machen. Von einer intensiven Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung kann aber erst seit höchstens zehn Jahren geredet werden und seitdem ist auch der Erfolg zu konstatiren.

Zu guter Letzt ist ja auch all diese Aufregung umsonst, da der Verbandstag doch hierin immer noch das letzte Wort sprechen kann. Dem Verbandstag könnte es überhaupt von vornherein überlassen bleiben, endgiltigen Beschluß zu fassen, wenn nicht für die Beamten dadurch die Unannehmlichkeit geschaffen würde, daß laut des von der Generalkommission gemachten Vorschlags sich die Karenzzeit für den Bezug der Unterstützung verlängert, wenn der Beitritt nicht sogleich erfolgt. Nun ist aber eine Lösung dieser Frage auf dem sehr einfachen und natürlichen Wege für uns vorderhand nicht möglich, da voraussichtlich kein Bedürfnis vorhanden ist, in nächster Zeit einen Verbandstag abzuhalten.

Auf die Frage der Versicherung der Beamten selbst gehen wir nicht näher ein, aus dem Grunde nicht, weil wir selbst daran interessirt sind. Wir, für unseren Theil erklären, mit dieser Sache bis zum nächsten Verbandstag zu warten, da anscheinend innerhalb unseres Verbandes eine starke Strömung gegen die Versicherung der Beamten vorhanden ist, was allerdings in keiner anderen

Organisation und in keinem zweiten Gewerkschaftsblatte zu beobachten war.

Unter diesem Zeichen vollzogen sich auch die Wahlen. Zwar sind sie nicht darnach ausgefallen, sondern jeder Richtung ist durch die Vertretung der Gewählten Genüge gethan. Soweit es sich beobachten ließ, ist Einer gegen und Einer für die Versicherung der Beamten, während der Dritte seine Stellung erst von dem Ergebniss der Verhandlungen abhängig zu machen gedenkt. Als eine Lücke bezufalls ist es daher wohl nur zu bezeichnen, daß in der Zahlstelle, von der die Bewegung gegen die Beamtenversicherung ihren Ausgang nahm, der Befürworter derselben die drittgrößte Stimmzahl und nahezu halb so viel wie der Gegner erhielt.

Die Wahl selbst hat aber auch gezeigt, daß diese stark dem Zufall unterworfen ist. Wenig fehlte, so war der Kandidat von Offenbach gewählt; das Zirkular von der Zahlstelle that seine Wirkung. Andererseits wäre der Kandidat von Leipzig nicht gewählt, wenn die Zahlstelle nicht selbst so viel Stimmen aufgebracht hätte. Das läßt nach dieser Richtung Betrachtungen zu, daß Jemand, wenn er nicht in der Öffentlichkeit genügend bekannt ist, wenig Aussicht hat und wenn er selbst noch so ein tüchtiges Verbandsmitglied ist. Berlin endlich hätte durch die Doppelkandidatur unter Umständen zwei Kandidaten entsenden können, obgleich es diesmal an einem goldenen Faden hing, daß überhaupt Einer von Beiden gewählt wurde. Wir beklagen weder das Eine noch das Andere, denn bei der Vertretung zum Gewerkschaftskongress handelt es sich doch um eine Vertretung des Verbandes und nicht um eine Vertretung dieser oder jener Stadt, weshalb es gar kein Unglück wäre, wenn dabei die großen Städte einmal ausgeschaltet würden und die Wahl eine Vertretung aus den kleinen Städten zum Fazit hätte. Denn auch in den kleinen Städten giebt es Intelligenzen genug, die durchaus befähigt wären, unseren Verband zu repräsentiren. Dabei drängen sich auch noch andere Betrachtungen auf, die auseinander zu setzen, hier zu weit führen würde. Nach diesen Beobachtungen scheint es zweifelhaft, ob der diesmal bestimmte Wahlmodus der richtige war und ob es nicht besser wäre, auch diese Wahl auf einem Verbandstage vorzunehmen. Die Möglichkeit hierzu scheint uns sehr wohl vorhanden zu sein, sie bietet aber die Gewähr, diese Unzuträglichkeiten zu umgehen.

Die viel beregte Portefeuillexfrage, deren Einfluß auf die Delegiertenwahlen sich auch zu einem Theil geltend machte, wird dabei nach unserer Ansicht gar nicht so viel Aufhebens machen, wie man verschiedentlich anzunehmen geneigt scheint, und sie wird den Kongress gar nicht so lange Zeit beschäftigen. Weshalb auch der vom Vorstand des Portefeuillexverbandes an sämtliche Zentralvorstände und Delegirte versandte Appell, sie vor dem vermeintlichen Unrechte zu schützen, zwecklos ist. Die Situation ist klar gezeichnet: Zum Gewerkschaftskongress werden nur Vertreter derjenigen Organisationen zugelassen, die der Generalkommission angeschlossen sind. Dieselben Fälle fanden gewiß schon

fter ihre regelrechte Erledigung, ohne dabei die kostbare Zeit des Kongresses in Anspruch genommen zu haben.

Tarifdifferenzen sind ja in Leipzig ständig an der Tagesordnung, jedoch erfährt in den meisten Fällen die Öffentlichkeit wenig davon, sie enden gewöhnlich damit, daß der nach Tarif bezahlt verlangende kurzer Hand entlassen, gemäßigert wird. In letzter Zeit geschah dies jedoch wieder in einer Art und Weise, daß die Öffentlichkeit in regerem Maße daran Antheil nahm. Die Entlassung älterer Arbeiter, die in einem Geschäfte bis zu 14 Jahren thätig waren und für deren Entlassung als ersichtlicher Grund nur einzig und allein ihr Eintreten für tarifmäßige Bezahlung angesehen werden kann, ist denn doch so skandalös, daß eine solche Handlungsweise sehr wohl geeignet ist, die Gemüther in Aufregung zu versetzen. Leipzig sah denn auch eine zahlreich besuchte, inoposant verlaufene Versammlung, in der die lang zurückgehaltene Erbitterung und der dadurch stark vorhandene Gündstoff, der sich durch die fortgesetzten Drangsalirungen von Seiten der Prinzipale bei den Arbeitern angesammelt hat, sich einmal öffentlich entluden. So ist denn auch das Verhältnis zwischen beiden Parteien ein derart gespanntes, daß einige scharfe Rekontres sich abspielten. — In beinahe Jahresfrist geht die jetzige Tarifperiode zu Ende, und anstatt während dieser Zeit den Frieden im Gewerbe zu haben und gemeinschaftlich für die weitere Ausdehnung des Tarifes auch auf andere Städte hinzuwirken — diese fortgesetzten Zerwürfnisse; wenigstens in Leipzig. Während bei den Buchdruckern nach einem Vierteljahr seit Einführung des neuen Tarifes wieder Ruhe und Frieden herrscht, haben sich heute, nach beinahe zwei Jahren, die Leipziger Prinzipale noch nicht daran gewöhnen können. Wie soll's da erst bei der Festsetzung des neuen Tarifes aussehen?

Nächst dem kam die Firma Anhöck & Co. in Gößnitz zu der gesuchten Ehre, sich fortgesetzt mit ihr beschäftigten zu müssen. So lange in Gößnitz eine Zahlstelle unseres Verbandes besteht, hat unsere Organisation auch mit dieser Firma zu thun. Jetzt nun glaubte der Firmeninhaber, da die Arbeiter schon so Manches haben über sich ergehen lassen müssen, da vielerlei Umstände ein Vorgehen oder Abwehren nicht zuließen, seinem bisherigen Vorgehen die Krone aufzusetzen, indem er den Austritt seiner Arbeiter aus unserem Verband forderte. Hoffentlich wird dem Herrn noch zum besseren Verständnis gebracht, daß wir nicht mehr im Zeitalter der Leibeigenschaft leben, daß der Arbeiter über seine eigene Person verfügen kann und daß mit organisierten Arbeitern nicht so leichter Hand umzuspringen ist. Die Möglichkeit, Herrn Anhöck sein fortgesetztes Geplänkel gegen die Arbeiter und ihre Organisation ein für alle Mal zu verleiden, ist sehr wohl gegeben, wenn die Zureise nach dorthin unter allen Umständen unterbleibt. Leider ist das bisher nicht durchweg der Fall gewesen. Dennoch hat die Firma unter den Zureisenden noch keine guten Erfahrungen machen können. Es sei deshalb an dieser Stelle besonders auf die Wichtigkeit der Sache nochmals hingewiesen. Der Erfolg ist für uns sicher, wenn der Ort von Zureisenden gemieden wird, da die Geschäftskontunktur durchaus nicht schlecht ist. Herrn Anhöck scheint die Geschichte auch schon etwas schwer im Magen zu liegen, denn er plagt sich bereits mit Projekten, Entschädigungsklagen gegen die Arbeiter einzuleiten.

Bei Helmold in Braunschweig ist der Stand der Dinge noch unverändert, das Personal ist noch ausständig. In Flensburg und in Kiel kam es zur Einigung, ehe noch zum Außersitzen gegriffen werden mußte.

Für das Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einander in der Nürnberger Vorteseuillebranche scheint uns doch ein Fall, der geradezu typisch ist, hier der Erwähnung werth, da

er bisher nur leicht gestreift wurde. Zwischen beiden Parteien ist bekanntlich ein Tarif vereinbart. Einer der Arbeiter hielt es nun für nothwendig, sich einer Firma unter Tarif anzubieten. Der Geschäftsinhaber wies ihn nicht nur damit ab, sondern er setzte auch die dortige Ortsverwaltung unseres Verbandes davon in Kenntniß, die dann ihrerseits den Treulosen ausschloß. Das ist gewiß ein gutes Zeichen für die Respektirung der gegenseitig gefaßten Beschlüsse; nicht jeder Geschäftsinhaber dürfte dagegen so handeln und die sich ihnen devot nähernden in dieser Weise abschütteln.

Erwähnenswerth wäre noch, wie unsere Statistik außerhalb unserer Reihen aufgenommen wurde. Außer den Besprechungen in der Partei- und Gewerkschaftspresse brachte Kollege Rob. Albert je einen Artikel in der „Neuen Zeit“ und im „Correspondenzblatt“ über dieselbe. Sehr wohlwollende Urtheile brachten auch einige andere Blätter. So schrieb zum Beispiel die „Papier-Zeitung“ in einer kurzen Kritik:

„Unter diesem Namen veröffentlicht der Verband das Ergebnis einer Umfrage, die sehr werthvolle Angaben über wirtschaftliche, gewerbliche und soziale Verhältnisse der in Buchbindereien angestellten Personen aus 226 deutschen Städten lieferte. Leider wurde auch diese Erhebung durch das Mißtrauen und die unbegründete Furcht einzelner befragten Personen gestört. Viele Fragebogen gelangten gar nicht zurück, andere waren falsch oder unvollständig ausgefüllt.“

Dann kommt eine Besprechung der Erhebungen selbst und zum Schlusse heißt es:

„Das auf solche Weise gesammelte Material wurde von der Zentralstelle gleichmäßig bearbeitet und nach Orten alphabetisch geordnet herausgegeben. Der Bericht umfaßt auf 250 Ottavseiten eine fast unerschöpfliche Fülle von Einzelangaben. Wer keine Zeit hat, den ganzen Bericht zu lesen, findet in einer Zusammenstellung am Schlusse des Buches die Orte nach Gauen geordnet mit den hauptsächlichsten Angaben über Arbeitszeit, Wochenlohn u. s. w.“

Seit Gründung des Deutschen Buchbinder-Verbandes ist dies die dreizehnte Umfrage, sie giebt ein sehr anschauliches Bild von der wirtschaftlichen und gewerblichen Lage der Berufsangehörigen.“

Leider scheint das Verständnis hierfür in unseren Reihen immer noch nicht weit genug eingedrungen zu sein, denn von der dem Mitglieberstand auch nicht entfernt angemessenen Auflage ist immer noch eine größere Anzahl Exemplare zum Verkauf vorhanden. Gerade einige größere Zahlstellen haben äußerst wenig Bestellungen gemacht.

Nochmals: Ein Zoll auf Bücher.

Mein Artikel: „Ein Zoll auf Bücher“, ist in Nr. 20 von einem New-Yorker Kollegen mit einer Erwiderung bedacht worden, die ich meinerseits nicht unwidersprochen lassen möchte. Zwar macht die gehässige Form, in welche die Entgegnung gekleidet wurde, fast eine ruhige Diskussion unmöglich. Der Verfasser scheint zu glauben, daß sein mit einem so lächerlichen Selbstbewußtsein vorgezogenes Besserwissen einen um so größeren Eindruck machen werde, je mehr er mich persönlich herabsieht. Ich werde trotzdem im Rahmen einer sachlichen Diskussion bleiben.

Gut eine Spalte der Erwiderung ist mit der gewichtigen Feststellung von Dingen angefüllt, die ich gar nicht bestritten habe. Es ist mir nicht eingefallen, die herrschende Klasse Amerikas auch nur für um ein Paar Breit besser zu erklären als etwa die deutsche. Eben so wenig habe ich mit einem Worte davon gesprochen, daß das Verdienst der deutschamerikanischen Arbeiter um die Klassenbewegung in Amerika gering sei. Die Behauptung, „daß so viele Deutsche das eigene Land einem fremden gegenüber immer herabschauen“, ist mir gegenüber eine boshafte Verdächtigung, zu der

mein Artikel, der von dem Standpunkt geschrieben war, eine unnütze reaktionäre Zolldiskussion zu bekämpfen, gar keine Veranlassung gegeben hat.

Der Verfasser der Erwiderung nimmt zunächst daran Anstoß, daß ich den von den deutschen Hochschülern geplanten und im Tarifentwurf bereits vorhandenen Bücherzoll als einen Kampfszoll wider Amerika und seine Literatureinfuhr nach Deutschland bezeichnet habe. Für einen Kampfszoll findet er den Zollsatz „denn doch zu gering“. Darüber kann man verschiedener Ansicht sein, zumal wenn man erwägt, daß in der Zukunft, wenn nur erst der Zollsatz einmal eingeführt ist, seine planmäßigen Erhöhungen so sicher sind als die aller übrigen Zölle. Auch von Anderen wird der Bücherzoll als ein Kampfszoll betrachtet. So hat zum Beispiel der Oberbibliothekar Dr. Paalzow, der früher als Hilfsarbeiter im preussischen Kultusministerium thätig war, im „Zentralblatt für Bibliothekswissenschaft“ geschrieben:

„Jeder mit den Verhältnissen einigermaßen Vertraute sieht sofort, daß von dem geplanten Zolle in erster Linie die Einfuhr aus England und Nordamerika betroffen wird, weil die englischen und amerikanischen Verleger ihre Bücher in der Regel nur gebunden abgeben. Der Zoll trägt offensichtlich den Charakter eines Kampfszollens, der gegen Nordamerika gerichtet ist.“

Um einen Beweis dafür zu geben, wie schädigend Abwehrmaßnahmen des Auslandes gegen die deutsche Zollwuth für die deutsche Arbeiterklasse und speziell diejenige unseres Berufes werden können, habe ich mir erlaubt, auf die Geschäftsbücherfabrikation zu verweisen. Will das Ausland die deutschen Einfuhrschmerzen für Bücher mit gleichartigen Maßnahmen begegnen, so werden die deutschen Geschäftsbücher eines der ersten Angriffsgebiete sein. Durch Zollerhöhungen wird man ihnen die Grenzen verammeln. Das habe ich gesagt und es ist mir nicht eingefallen zu behaupten, Amerika verzolle heute die deutschen Geschäftsbücher nicht. Mein kritischer Haarspalter aber schwingt triumphierend den amerikanischen Zolltarif: „Ich habe hier eine Ausgabe von 1897!!!“, beweist mir mit seiner komischen Wichtigthuerei, was ich gar nicht bestritten habe, nämlich, daß Amerika die Geschäftsbücher verzollt, und giebt mir den menschenfreundlichen Rath, mich erst zu orientiren; dies sei zwar zeitraubend, aber ich blamire mich dann auch nicht.

Großartig! Ich meinerseits kann den freundlichen Rath über's Wasser senden, ehe man seine kritische Schärfe üben möchte, erst richtig zu lesen — dann blamirt man sich nämlich auch nicht.

Weiter sagt der Verfasser der Entgegnung: meine Angabe, daß durch die Mac Kinley-Bill der Zoll auf Bücher, die nicht in der englischen Sprache gedruckt sind, aufgehoben wäre, sei „auch nicht ganz richtig“. Ich will gleich vorausschicken, daß ich diese Angabe aus den Petitionen der deutschen Buchhändlervereine, die gegen den Bücherzoll an den Reichstag gerichtet wurden, entnommen habe. Was aber führt nun mein Kritiker zum Beweise meines angeblichen Fetzthums an? Die raffgierige und chikanöse Art, in der die amerikanischen Zollbehörden bei der Einfuhr ausländischer Bücher verfahren, wenn sie Fußnoten oder geschäftliche Hinweise in englischer Sprache enthalten. Ist dies vielleicht von mir in irgend einer Bemerkung gebilligt worden? Ich verurtheile vielmehr auf das Allerentschiedenste ein solches Verhalten. Aber wird vielleicht von europäischen Zollbehörden und bei anderen Waarengattungen nicht ebenso verfahren? Wenn sich gewisse Länder mit einer Kette von Einfuhrverboten gegen das billige amerikanische Fleisch umgeben — natürlich aus „gesundheitspolizeilichen Gründen“ — und diese Einfuhrverbote den heimischen Schweinezüchtern Gelegenheit geben, den Preis wichtiger Nahrungsmittel unenträglich zu steigern, wenn weiter amerikanische Waaren in ähnlicher Weise die europäische Einfuhr erschwert wird, kann man es da den Amerikanern verdenken, wenn sie uns gegenüber in gleicher Weise verfahren? Mein Kritiker möge doch nicht glauben, daß die paar Fülle, mit denen er sich wichtig macht, etwas spezifisch Amerikanisches sind. Die Zollverträge spielen eine große Rolle in den Einnahmen der Staaten, und ein Staat

sucht durch die Zollpolitische Bedrückung des Waarenhandels der anderen für sich so viel als möglich herauszuschlagen. Eben weil wir Gegner eines solchen Systems sind, eben weil wir deutschen Arbeiter bei solchen Praktiken als Produzenten wie als Konsumenten die in erster Linie Geschädigten sind, streben wir nach möglichst freien Grenzen. Dieselben Klagen, die mein Kritiker gegen die amerikanischen Zollgepflogenheiten erhebt, hört man häufig von deutschen Kaufleuten gegenüber deutschen Zollgepflogenheiten. Hier nimmt man insbesondere die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Amerikas aus dem Korn, drüben die Industrieerzeugnisse Europas.

Nun setzt der Kritiker an den Schluß seiner Schilderung entristet das Urtheil: „Dagegen ist das, was die deutschen Schutzöllner wollen, die reine Unschuld.“

Die reine Unschuld! Sehen wir doch einmal zu, was diese armen, unschuldigen Zollausbeuter wollen.

Unsere unschuldigen Agrarausbeuter wollen durch die Hinaufschraubung des Getreidezolles von 3,50 Mk. auf 7,50 Mk. die ausländische Getreidezufuhr unterbinden, den deutschen Konsumenten zwingen, nur ihr eigenes Getreide zu kaufen und dann den Getreidepreis derart hinaufstreben, daß in wenig Jahren selbst der verlotterteste Getreidehändler ein reicher Mann geworden ist. Das Gleiche erstreben sie in Bezug auf Fleisch und Vieh und alle Agrarprodukte.

Da die Agrarausbeuter nicht stark genug sind, ohne Hilfe dieses Ziel zu erreichen, so haben sie sich mit einem Theile der Industrieausbeuter verbündet. Denen soll nun geholfen werden, die ausländische Industriefunktion vom deutschen Markte zu verdrängen. Zudem man den deutschen Konsumenten zwingen will, möglichst nur deutsche Industrieerzeugnisse zu kaufen, will man diese zum Gegenstand unerhörter Preissteigerungen im Interesse einer verhältnißmäßig kleinen Gruppe von Großindustriellen machen. So ist das „unschuldige“ Streben der deutschen Schutzöllner eine Vertheuerung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse, wie sie mit gleicher Frechheit bei uns noch nicht gewagt worden ist. Ich brauche, nach alledem was darüber gesagt und geschrieben worden ist, unseren Lesern nicht erst noch die schweren Gefahren zu schildern, die das volksausbeuterische Streben der deutschen Zollwucherer birgt. Aber ich möchte doch darauf verweisen, daß selbst der Zentrumsabgeordnete Spahn in diesen Tagen gesagt hat: Nach Annahme des Zolltarifs werde ein Gesetz gegen die Preissteigerungen der Syndikate unumgänglich nöthig sein. Selbst jene haben also bereits ihre schweren Sorgen vor der drohenden Volksauswucherung und suchen ihr nach Möglichkeit zu begegnen.

Fürwahr, mein Kritiker hat sich ganz „eingehend orientirt“, als er diesen „besonders gefaltvollen Ausdruck“ von der reinen Unschuld deutscher Schutzöllner niederschrieb! Wir deutschen Arbeiter, die wir uns seit mehr als einem Jahre gegen die geplante schamlose Auswucherung unserer Familien wehren, könnten über solchen Ausdruck geradezu empört sein, wenn nicht eben diese „unsinnige Behauptung“ von „einem Menschen“ aufgestellt würde, „ohne auch nur den geringsten Beweis zu erbringen“.

Zum Schluß begiebt sich mein Kritiker auf das Gebiet der Literatur. Eine gelegentliche Bemerkung von mir über die zunehmende Minderwertigkeit der deutschen Literatur — die ich übrigens vollinhaltlich aufrecht erhalte, so weit die bürgerliche Literatur in Betracht kommt — ist ihm Veranlassung, anderthalb Spalten lang gegen mich zu zeteren. „Entgeißlung“, „Erguß“, „wenig Sachkenntniß“, „mehr als lächerlicher Ausdruck“, das sind einige der Liebenswürdigkeiten, die er gegen mich schleudert. Und doch ist es eine unzählige Male ausgesprochene Thatsache, daß die bürgerliche Literatur Deutschlands sich in einem unaufhaltbaren Rückgang befindet, der auf allen Spezialgebieten beobachtet werden kann. Diesen Rückgang im Einzelnen nachzuweisen, würde eine so umfassende Arbeit bedürftigen, daß ich hier des Raumes halber darauf verzichten muß. Vielleicht giebt sich nächster Zeit einmal Gelegenheit, hierauf zurückzukommen.

Und schließlich noch eins: Ich bitte alle Leser der „Buchhinderzeitung“, den Artikel meines Kritikers in Nr. 20 nochmals zu überlesen. Ich bin überzeugt, daß sie denselben Gesamteindruck wie ich haben werden, nämlich: den deutschen Lebensmittelmwucherern und Bedrückern der Arbeiterklasse kann gar nichts Erwünschteres zufliegen als solche von Arbeiterhand und vom angebliehen Arbeiterstandpunkt geschriebenen Artikel, die ihren Wucherp länen recht geben oder sie mindestens mit dem Hinweis auf das Ausland als ganz unschuldig zu Beginn hinstellen. Vielleicht sendet mein Kritiker seine Glanzleistung dem Oberagravier Dertel zu. Der wird sie sicher verwerthen, aber nicht zu Gunsten der deutschen Arbeiter.

X. Y. Z.

Nochmals: Der Generalstreik.

Anscheinend ist kein Bedürfnis in unseren Reihen dafür vorhanden, die Debatte über dieses Thema weiterzuführen, denn der Marineruf ist ungehört verhallt. Das mag für Manchen schmerzlich sein, könnte aber vielleicht doch damit begründet werden, daß die Idee des Generalstreiks nicht so unzählige Anhänger und Vertheidiger hat, wie man auf der einen Seite gern annehmen möchte; zudem spricht ja auch heute fast kein Mensch mehr vom belgischen Experiment. Das hat uns lange erwägen lassen, ob es deshalb auch unsererseits nicht überflüssig wäre, auf dieses Thema noch einmal einzugehen.

Nun kam aber der Vorgang in Schweden. Und Freude herrscht in Trojas Hallen bei denen, die den Generalstreik als wirksames Mittel im Kampfe preisen. Man könnte uns daher einer gewissen Parteilichkeit zeihen, würden wir dieses Ereignis mit Stillschweigen übergehen, während wir über das belgische einen Artikel sogar an leitender Stelle brachten. Außerdem möchten wir aber auch nicht den Vorwurf ruhig hinnehmen, als segelten wir im konservativ-reaktionären Fahrwasser, ein Vorwurf, den sich allerdings, wenn er irgend welche Berechtigung hätte, die größte Anzahl der Parteiblätter gefallen lassen müßte, denn der Grundton unserer Ansichten ist gleichfalls in Artikeln bei ihnen zu finden gewesen. Wir haben damit durchaus keine Neuheiten vorgetragen.

Wir werden deshalb in großen Zügen beide Vorgänge kurz behandeln und dabei auch dem Artikel unseres Freundes einige Aufmerksamkeit schenken, den wir allerdings vorher seines unnothigen Beiwerkens entkleiden müssen. Jenes Beiwerkens, das sehr wohl geeignet sein mag, die Stimmung zu erhöhen und den Resonanzboden zu bilden, um die revolutionären Töne des Artikelschreibers im höchsten Diskant erklingen zu lassen, das aber schließlich mit der Frage der Durchführbarkeit des Generalstreiks verdammt wenig zu thun hat. Müßte doch selbst Schillers Freiheitsheld über die Bühne laufen, um dem Generalstreik zu Ehren zu verhelfen.

Eine kleine Minorität, jene Befürworter des Generalstreiks, suchte nach dem Scheitern der belgischen Bewegung ihren Trost darin, daß der „Kompromisselei“ mit den Liberalen die Hauptschuld an dem Nichtigwerden der Wahlrechtsbewegung zuzuschreiben sei und sie hofften gewiß, daß die belgischen Parteigenossen nun jede Verbindung mit ihnen aufgeben würden. Die Ärmsten sind in ihren Hoffnungen schwer getäuscht worden. Denn gleich nach Beendigung der Kampagne verkündeten die belgischen Sozialisten laut und vernehmbar: Die Allianz mit den Liberalen wird beibehalten. Und kein Geringerer wie Wandervebe, der belgische Parteiführer, hat selbst darauf hingewiesen, wie ja auch bei großen Volksbewegungen die Unterstützung der Freisinnigen durchaus nicht verschmähen, wenn es gilt, einen Ansturm der Reaktion zurückzuschlagen.

So jetzt bei der Bewegung gegen den Zolltarif. Und läme dieser wirklich im Sinne der Brotwucherer heute zur Annahme und es würde uns morgen Jemand erklären: Seht Ihr, dieses Scheitern Eurer Bewegung habt Ihr dem Umstand zu verdanken, daß die linksstehenden bürgerlichen Parteien sich Eurer Bewegung angeschlossen haben, so würden wir den Mann im besten Falle einen Narren heißen. Daran sind die Liberalen, mögen sie auch sonst noch

so schlechte Kerle sein, gewiß unschuldig in Belgien. Ebenso unschuldig, wie unsere Liberalen, wenn in Deutschland in irgend einem Stadtparlament, einem Landtag oder gar im Reichstag ein Antrag zu Falle kommt, den wir durch ihre Unterstützung, mit Hilfe der „Kompromisselei“ zur Durchführung bringen wollten.

Eine Wahlrechtsbewegung, eine Volksbewegung überhaupt kann doch nur gewinnen dadurch, wenn die Beteiligung an ihr eine recht zahlreiche ist, sie kann doch nimmermehr an Wirkung gewinnen dadurch, wenn sie sich nur auf eine Partei beschränkt. Leiden könnte sie doch höchstens in diesem Falle, daß die führende Partei, die Arbeiterpartei, sich das Heft aus den Händen nehmen läßt und einer anderen die Führung anvertraut. Das ist aber in Belgien nicht geschehen. Dieser Rettungsanker, nach dem die „Revolutionären“ griffen, hat sie also elend versinken lassen.

Unter welchen Verhältnissen der Generalstreik auf einigen Erfolg rechnen kann, hat Schweden bewiesen. Verhältnisse, die in keinem anderen Kulturstaat, in Belgien am allerwenigsten, anzutreffen sind. Dieses kleine engbegrenzte Ländchen, das überhaupt nur etwa 5 Millionen Einwohner zählt, läßt schon mit der weit verzweigten deutschen Industrie und der auch anderer Länder keinen Vergleich zu. Vor Allen aber die gute Schulbildung, die höhere Volksbildung, die vortreffliche Organisation und Disziplinierung der Massen, die keinen Krawall aufkommen ließen, alles Umstände, die ebenfalls wieder in dem Maße nirgends anzutreffen sind, ferner ließen auch die öffentlichen Sicherheitsbeamten von der preussisch-deutschen Schneidigkeit, die bei solchen Vorkommnissen oft erst den Anlaß zu Krawallen giebt, nichts merken. Wir wollen durchaus die Erfolge der schwedischen Arbeiter nicht verkleinern, aber darauf darf doch wohl hingewiesen werden, daß auch sie mit einer Abschlagszahlung sich zufrieden gegeben haben, denn beide Kammern beschloßen, die Regierung aufzufordern, zu Beginn der Session 1904 eine neue Vorlage auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts einzubringen. Dadurch, daß sich das Volk damit zufrieden gab, war der Generalstreik nach drei Tagen aufgehoben, hätte er weiter geführt werden müssen, so war sein Schicksal gewiß mit Sicherheit noch nicht entschieden.

Dabei haben die Schweden trotz ihres Sieges nachdem dem Mund nicht halb so voll genommen wie die Belgier nach ihrer Niederlage. Und wenn unser Freund besonders enthusiastisch darüber ist, daß das belgische Parteiorgan nach der Niederlage „den Feind noch zittern läßt“ und er selbst das auch noch glaubt, so ist er gewiß um sein glaubensstarkes kindlich-naives Gemüth zu beneiden, das er sich noch im späteren Mannesalter bewahrt hat, auf den ernsthaft denkenden Menschen verfallen aber solche Dinge jede Wirkung. Wer am Boden liegt, kann den Leuten nicht einreden, sein Gegner zittere. Eine Niederlage ist und bleibt eine Niederlage trotz aller Phrasen.

Die Behauptung aufzustellen, die Idee des Generalstreiks erfreue sich noch zahlreicher Anhänger oder sie seien gar in der Zunahme begriffen, ist jedenfalls eine Behauptung aus dem hohlen Bauch, die aufzustellen keinerlei Leidschmerzen verursacht, die zu beweisen dagegen einige Schwierigkeiten machen dürfte. Für unsere Behauptung jedoch, daß die Idee des Generalstreiks in Deutschland abgethan ist, lassen sich verschiedentlich Beweise erbringen. So haben nicht allein die bekanntesten Parteiführer sich gegen den Generalstreik erklärt und namhafte Führer der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch die Parteitage. Neben Vollmar, den wir zitierten, sei noch Auer angeführt, der die schönen Worte: „Generalstreik ist Generalunsinn“ geprägt hat. Und ein für Manchen vielleicht unverständlicher Zeuge, Stadthagen, hat in einer Berliner Versammlung gesagt: „Man solle nicht durch revolutionäre Phrasen die Menge erst aufregen und nachher sagen: Wir wollen nur einen Generalstreik, keine blutigen Opfer.“ Weiter heißt es dann in dem Bericht: Redner (Stadthagen) verwirft aus denselben Gründen wie die deutsche Partei den Generalstreik. Das könnte wohl genügen, um zu zeigen, daß wenig Wahrscheinlichkeit dafür vorliegt, daß die Generalstreiks-idee in Deutschland eine große Anhängerzahl hat.

Nun drängt sich uns die Frage auf, ob denn der Generalstreik mit Krawallen, Revolten oder Revolution, oder wie man es sonst nennen will, begleitet ist. Wir erklären kurz und knapp: Ja! Wenn es in Schweden der Fall war, so lag das an den Umständen, die wir schon kurz gestreift haben. Trotzdem war auch dort schon das Militär konfiguriert, um also auf jeden Fall anrücken zu können. Würde gegebenen Falles heute in Deutschland ein Generalstreik ausbrechen, so befänden wir nicht entfernt die Macht, die Leute in solcher Ordnung und Disziplin zu halten, wie die schwedische Parteileitung es im Stande war. Ist die große Menge der Arbeiter beschäftigungslos, so wird sie nicht daheim hinterm Ofen hocken und Kien schneiden, sondern sie wird sich an Demonstrationen beteiligen. Die werden bei uns zu Lande bekanntlich nicht geduldet, wie ja in ruhigen Zeiten nicht einmal in den meisten deutschen Staaten die Mai-festzüge gestattet sind, es wird zu Aufläufen kommen, die Polizei wird die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten trachten und wenn sie dazu nicht ausreicht, so wird das Militär zur Unterstützung herangezogen werden.

Bis zum Gebrauch der Waffe ist dann nur noch ein Schritt, denn eine Erbitterung, Aufregung und Gähmung hat sich der Volksmenge bemächtigt und Anlaß zu Plänkeleien mit dem Militär gegeben. Eine Gewehrsalve streckt im Falle der Bedrohung des Militärs durch das Volk eine Anzahl Proletarier nieder und die Menge stiebt auseinander wie Spreu. Denselben Vorgang, wie eben geschildert, nur in kleinerer Auflage, haben wir in Belgien erlebt. Er würde sich in Deutschland nicht anders abspielen, und er hat sich ja bereits schon bei lokalen Streiks so zugetragen. Mag man auch jemand, der für solche Vorformnisse Worte des Bedauerns findet und der nicht einmal die Skourage besitzt, sein Herzblut in einer wilbaußschäumenden Straßenrevolution zu versperren — wenigstens in der „Buchbinder-Zeitung“ — als sentimentales altes Weib hinstellen und sich selbst als den kühnen und starken, urgemantischen Recken anstamen lassen, so erzielt das doch nicht auf Jedermann den gewünschten Eindruck. Zu einer Zeit, wo das Leben jedes Einzelnen hochgeschätzt und heilig ist und zahlreiche Bemühungen und Versuche gemacht werden, dieses der Menschheit zu erhalten, können auch wir als Friedenspartei kein Verlangen haben nach blutigen Opfern, deren Hinfächeln in diesem Falle noch dazu ziemlich zwecklos wäre.

Aber selbst in dem Falle, daß der Generalstreik in Deutschland wirklich unblutig verlaufen könnte, würde es gewiß sehr zweifelhaft sein, ob sich Partei und Gewerkschaftsleitung dazu entschließen würden, ihn zu proklamieren. Der Generalstreik verurteilt bei längerer Dauer auch den Arbeiter zu Wasser und Brot. Der deutsche Arbeiter besitzt darin nicht entfernt so viel Selbstzucht und Enthaltbarkeit wie zum Beispiel der belgische. Müßte also Streikunterstützung gezahlt werden, so wären bei einem Massenstreik die Hunderttausende der Gewerkschaftskassen — und auch die der Parteikasse in kürzester Zeit aufgezehrt. Das ist schon oft das Bestreben deutscher Unternehmer und Scharfmacher gewesen, die Arbeiter dazu zu treiben, um einen solchen Aderlaß an der deutschen Arbeiterbewegung vorzunehmen. So zum Beispiel beim Hamburger Hafnarbeiterstreik. Aber die deutschen Arbeiter sind bisher nicht so dumm gewesen und werden es auch in Zukunft nicht thun, sie würden gewiß auch solchen Aderlaß an sich nicht vornehmen, selbst wenn es sich um die Befolgung einer fälschlichen Kirchthurnspolitik handeln würde. Die deutschen Scharfmacher rechnen sehr wohl darauf, daß durch einen Generalstreik die deutsche Arbeiterbewegung lahm gelegt und in ihrer Entwicklung auf zwanzig Jahre zurück geschmissen werden könnte, aber wir werden nicht die Sumpel sein und auf diese Leimrute hüpfen.

Es wären noch vielerlei Ausführungen zu diesem Kapitel zu machen, so zum Beispiel, wenn der Generalstreik in Deutschland wirklich einen Umfang annehmen könnte, daß Handel und Verkehr stockte, welche Machtmittel auch dann noch dem Staate zur Verfügung ständen, um dem entgegen arbeiten zu können u. s. u. s. w. Wir müssen auf weitere Ausführungen verzichten, um nicht zu ausführlich zu werden, wie wir denn überhaupt zu bedenken geben, daß im Rahmen eines solchen kurzen Artikels

ein solches Thema keineswegs erschöpfend behandelt werden kann; nur in einigen markanten Zügen wollten wir darauf eingehen, um vor allen Dingen zu zeigen, daß es eine grundlose Behauptung ist, etwa zu sagen, die Anhänger der Generalstreikidee erfreuen sich in Deutschland einer stetigen Zunahme. Undiskutierbar ist für uns die „tiefgründige“ Ansicht, daß man den Streik überhaupt verwerfen müsse, wenn er in seiner Anwendung einmal versagt hat. Wer über Streik und Generalstreik so klare Anschauungen hat, mit dem ist überhaupt nicht zu diskutieren.

Wir bemerken noch zum Schlusse, daß allerdings bei uns Hopfen und Malz verloren ist, wenn man uns zum Anhänger der Phrasologie befehnen wollte, und alle Besserungs- und Erziehungsmethoden nach dieser Seite hin werden allerdings ein ebenso zweck- und nutzloses Beginnen sein, wie wenn unser Freund Wasser in die Pleiße gießt.

Hüben und Drüben.

Zu dem in der letzten Nummer unter obiger Ueberschrift enthaltenen Artikel gestatte man mir einige Ausführungen.

Willigen kann man es nur, wenn während der Urabstimmung über die weitere Zulassung der Portefeuilleur zu unserem Verband die Polemik gegen den Verband der Portefeuilleur ruht, trotzdem wir Berliner Kollegen wohl alle Ursache hätten, auf einzelne Anzäpfungen in der „Portefeuilleur-Zeitung“ zu antworten. Vor allen Dingen auf die Geschichte der Lebergalanteriarbeiter Berlins, die selbst den Redakteur veranlaßte, durchaus Fragezeichen zu gebrauchen, enthält sie doch auch verschiedene direkte Unwahrheiten. (Zu der That, diese „Geschichte“ ist einzig in ihrer Art! Ihr „Geschichts“-Schreiber hat Treitschke bei Weitem überholt. D. Red.), ferner eine Bemerkung im Bericht über die Delegirtenführung, des Weiteren auch die Stelle in dem Zirkular an die Delegirten zum Gewerkschaftskongreß: „... im Höchsthalle gehörten 400 Portefeuilleur dem Buchbinderverband an“, und so fort. Im Interesse des Friedens unterlassen wir es jedoch, darauf einzugehen.

Die von den Erlanger Kollegen vorgebrachten Gründe wie auch der Umstand, daß aus dem Ausland zureisende Kollegen nach Annahme des Memorandums wohl noch Unterstützung von uns erhalten können (Wir halten es für selbstverständlich, daß in dem Falle zum Beispiel das Gegenseitigkeitsverhältnis mit dem Verein der Wiener Lebergalanteriarbeiter gelöst werden muß. D. Red.), wenn sie aber Mitglied werden wollen, das heißt zu uns übertreten, ihnen gesagt werden muß: „Bedauern, wir nehmen keine Portefeuilleur und Lebergalanteriarbeiter mehr auf“, bringen mich dazu, zu erklären: Lieber den jetzigen Zustand beibehalten, als in unserem Statut die Zulassung der Portefeuilleur zc. zu streichen. Wir haben noch einen großen Theil Städte, wo unsere Kollegen zum Deutschen Buchbinderverband halten, in der richtigen Erkenntnis, daß sie hier geborgener sind als im Portefeuilleurverband.

Zugegeben soll werden, daß in Offenbach und Umgebung der Portefeuilleurverband einen großen Theil Kollegen für die Organisation gewonnen hat, die vordem schwer zu haben waren. In Anerkennung dieses Umstandes, sowie bei einigermaßen gutem Willen seitens der Leiter des Portefeuilleurverbandes dürfte es nicht schwer fallen, von Vorstand zu Vorstand die beiderseitigen Agitationsgebiete abzugrenzen, und zwar könnte dieses am Sonntag vor Stattfinden des Gewerkschaftskongresses geschehen. Wie die Dinge jetzt liegen, kann der Gewerkschaftskongreß, getreu seinen bisherigen Beschlüssen, die Zulassung des Portefeuilleurverbandes nicht aussprechen. Liegt jedoch dem Portefeuilleurverband an der Zugehörigkeit zur Generalcommission etwas, so versuche er, wie oben angedeutet, mit unserem Verbandsvorstand zu verhandeln, ohne daß beiderseitig die Statuten geändert zu werden brauchen, und dann wird sich auch ein Zusammenarbeiten beider Verbände, sofern die persönlichen Geschäftigkeiten aus dem Spiele bleiben, ermöglichen lassen. Die in unserem Verband verbliebenen Portefeuilleur haben meines Erachtens nach so gar das Recht, zu verlangen, daß die Aufnahme neuer Mitglieder nicht erschwert oder gar gehindert wird.

Was heute in Bezug auf Abänderung des Statuts den Portefeuilleuren passiert, könnte morgen den Kartonn-, Luxuspapier- und Albumarbeitern, kurz allen Branchen, deren Angehörige uns in der Mehrzahl noch fern stehen, passieren, sofern es dort einer Anzahl Kollegen einfallen sollte, Sonderorganisationen zu gründen. Wir hätten dann wieder das Schauspiel, jede Branche für sich allein arbeiten zu sehen. Statt Zusammenfassen der Kräfte würde eine Zersplitterung einreißen, die durchaus nicht im Interesse der Kollegen und Kolleginnen gelegen wäre.

Darum stimme jedes Mitglied für die fernere Zulassung der Portefeuilleur und Lebergalanteriarbeiter zu unserem Verband.

Der Geschichte als auch der Entwicklung nach gehören die Branchen zusammen und es wird sich hoffentlich in absehbarer Zeit die Nothwendigkeit des Wiederzuzusammenschlusses herausstellen.

Berlin.

Eugen Brückner.

Bericht vom Gantag des Ganes XVI.

Abgehalten am 19. Mai 1902 in Würzburg.

(Schluß.)

Zu der Nachmittagsung referirt Schmitt-Würzburg über: „Die Minimallohne im Gau“, nachdem vorher eine Anzahl Begrüßungsschreiben aus Hamburg, Bamberg, Bayreuth zc. zur Kenntniß genommen wurden. Schmitt treibt Eingang seines Referats die Erfolge unserer Leipziger, Berliner und Stuttgarter Kollegen, sowie die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Dietrich vom Gantag 1901. Unser ganzes Streben müsse sein, Ähnliches wie die Kollegen in vorgenannten Städten zu erreichen. Wenn auch an die Einführung des Tarifs, wie er in obigen Städten bestesse, noch nicht gedacht werden könnte, so müßte doch zum Mindesten in unserem Gau auf eine Verbesserung der Minimallohne hingearbeitet werden. Redner kommt dann auf die Durchschnittslohne, wie sie in den einzelnen Zahlstellen bestehen, zu sprechen. Er ist der Ueberzeugung, daß die Lohnverhältnisse im Gau nicht zu den schlechtesten gehören, aber inwiefern noch schlecht genannt werden dürften. Wir müßten unsere ganze Kraft daran setzen, wenigstens den vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Mindestlohn von 20 Mk. überall zu erreichen; wir müßten aber auch danach trachten, diejenigen Kollegen, welche sich in unseren Reihen befinden und unter den Minimallohnen arbeiten, aufzufordern, die Minimallohne zu verlangen, im anderen Falle sie aber schonungslos als Lohnbrücker aus unseren Reihen ausschließen; auch solle man bei Forderungen die von Seiten der Prinzipale so beliebte Klausel nicht einschalten lassen: für geübte oder ungeübte Arbeiter. Ein Minimallohn sei doch das zu zahlende Minimum eines Lohnes, nachweislich sind doch überall Arbeiter vorhanden, welche mehr als das Minimum verdienen, aber nicht erhalten, weil sich die Arbeitgeber auf den Ort festgesetzten Minimallohn fügen. Die Frage des Staffelbeitrags streift, betont Schmitt, daß wenn es mit demselben ernst würde (was hoffentlich nie der Fall sein wird), wir uns eine Masse Unzuverlässiger aufhalsen würden, die uns nicht von Nutzen, sondern nur von Schaden sein würde; er sei für die Erhöhung des Beitrags. Redner kommt nun auf die Organisation unserer Arbeiterinnen zu sprechen. Diese hätten zum Theil einen sehr kläglichen Verdienst, sie seien in diesem Falle dann aber selbst daran schuld, weil so wenige sich dem Verband anschließen. Das würde auch vielfach von den Kollegen nicht genügend beachtet; es gäbe eine große Anzahl, die für Frauenagitation nicht zu erwarman sind. Er bespricht einige sich zugetragene Vorformnisse in Würzburg und macht Vorschläge, wie dem abzuwehren sei. So sollte man besonders versuchen, ältere Kolleginnen, welche in einem Betrieb längere Zeit thätig sind, für den Verband zu gewinnen, und ferner versuchen, wenn uns auch nur Wenige angehören, etwas für dieselben im Geschäft zu erreichen. Weiter müßten die Hilfsarbeiter bei Forderungen, soweit sie die gleiche Arbeit wie gelernte Arbeiter verrichten, uns gleichgestellt werden. Er schließt seine Ausführungen mit der Bitte, seine Worte zu beherzigen.

An der hierauf folgenden Diskussion beteiligen sich Heckling, Fehle und Dürr; Letzterer bekennt sich ebenfalls als Gegner des Staffelbeitrags.

Hierauf gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heute im Restaurant Oberthür tagende Versammlung der Delegierten des Gaues XVI, sowie der Mitglieder der Zahlstelle Würzburg sind mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklären, nach besten Kräften für eine Besserstellung unserer Berufs- bzw. Verbandskolleginnen und -Kollegen wirken zu wollen.“

Sodann wurden die gestellten Anträge beraten. Ein von Fürth gestellter und von Dürr begründeter Antrag, alle zwei Jahre regelmäßige Gautage abzuhalten, wird, nachdem derselbe eine Abänderung erfahren hat, in dem Sinne, daß Gautage künftig nach Bedarf stattfinden sollen, was zu entscheiden dem Gauvorsitzenden überlassen bleibt, einstimmig angenommen.

Einem Antrag der Sektion der Portefeuller Nürnberg: der Gautag möge in eine Besprechung über die Urabstimmung des Portefeullerverbandes eintreten und Stellung nehmen zur Urabstimmung des Buchbinderverbandes, wird stattgegeben. Zu diesem Antrag erhält, nachdem ein Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, der gegen die Stimmen Kruttsche und Ganz angenommen wurde, Müller-Nürnberg das Wort. Müller führt aus, daß durch die Gründung des Portefeullerverbandes schon sehr viel Streit in unseren Reihen entstanden sei und das Memorandum unseres Verbandsvorstandes, nach welchem der Buchbinderverband in Zukunft keine Portefeuller mehr aufnehmen darf, unannehmbar sei. Im gleichen Sinne spricht Fehse.

Kruttsche-Nürnberg, Mitglied des Portefeullerverbandes, bemerkt, daß er diese Resolution mit Freuden begrüße, er ist der Meinung, daß man schon früher sich auf diesen Standpunkt hätte stellen sollen, wodurch viel Streit verhütet worden wäre.

An der Diskussion beteiligen sich Döfel, Lehninger, Ganz, Müller und Reckling. Letzterer ist der Meinung, daß Kruttsche nur deshalb Mitglied des Buchbinderverbandes ist, um eine bessere Agitation für den Portefeullerverband entfalten zu können. Kruttsche stellt dieses jedoch entschieden in Abrede.

Schmitt beantragt Schluß der Debatte, was angenommen wird, nachdem nahezu 2 Stunden über diesen Antrag diskutiert worden ist.

Es gelangt sodann die in voriger Nummer zum Abdruck gelangte Resolution zur Annahme.

Es kommt der zurückgestellte Antrag betreffs der Frauenagitation zur Verhandlung, dessen Annahme von Dürr empfohlen wird, er verspricht sich durch Entsendung einer Referentin große Erfolge. Beckling ist dagegen, da die Erfolge gegenüber der ungeheuren Ausgabe verschwindend seien. Schmitt meint, man solle diese Agitation von Seiten der Gewerkschaftskarteile in die Wege leiten, wie es in Würzburg der Fall sei, wo jährlich 50 bis 70 Mk. ausgeworfen würden, auch in diesem Jahre wird Clara Petkin in einer Versammlung sprechen. Burgheimer-Würzburg kann sich ebenfalls nicht für diese Art Agitation unter den Frauen erwärmen, ebenso Müller, Fehse und Lehninger; dagegen wäre Ganz und Kruttsche für den Antrag, welcher jedoch mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt wird.

Burgheimer-Würzburg bringt die Maßregelung Schmitts zur Sprache. Er ist der Ansicht, daß derselbe unter allen Umständen für die Zahlstelle Würzburg erhalten bleiben müßte und man den Verbandsvorstand deshalb ersuchen sollte, ihm weitere Unterstützung zu gewähren, da er noch keine anderweitige Existenz gefunden habe. Dem schließen sich alle Delegierten an. Sie betrachten Schmitt als Seele der Zahlstelle Würzburg. Es wurde beschlossen, sofort an den Verbandsvorstand einen Antrag gelangen zu lassen, in dem erucht wird, Schmitt weitere Unterstützung zu gewähren.

Nachdem noch einige kleinere Sachen geregelt und Döfel nochmals der Zahlstelle Würzburg im Einverständnis der Delegierten seinen Dank ausspricht für die freundliche Aufnahme, ganz besonders aber für die ausgezeichnete, billige und gute Bewirtung, schließt der Gauvorsitzende den Gautag mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinder-Verband, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmten.

Gewerkschaftskongress.

In der Pfingstwoche fanden mehrere Generalversammlungen der Gewerkschaften statt, deren bedeutendsten Verhandlungen hier kurz aufgeführt sein mögen.

Die **Bergarbeiter** hatten ihre 13. Generalversammlung in Essen. Anwesend waren 67 Delegierte, welche 72 Mandate vertraten, außerdem Gäste aus Belgien, Frankreich und Oesterreich, von der Generalkommission Legien und als Dolmetscher E. Bernstein, der auch zur Eröffnungsfeier die Festrede hielt. Die erstatteten Berichte des Vorsitzenden, Kassirens und Redakteurs fanden fast gar keine Beachtung. Die Einnahmen des Verbandes betragen einschließlich Bestand 323 256 Mk., die Ausgaben 192 968 Mk., das Vermögen ist gegenwärtig 160 735 Mk., die Mitgliederzahl beträgt 21 000.

Einem breiten Raum nahmen die Berichte der Delegierten ein. Es herrscht allenthalben eine Gährung unter den Bergleuten; die Grubenbarone wollen es anscheinend zum Streik treiben, überall wird gegen die Arbeiter rigoros vorgegangen, die Arbeitszeiten werden versucht zu verlängern, die Löhne zu verkürzen, das bekannte „Nullen“ der Wagen kommt wieder in Flor. Die Verbandsleitung hat alle Mühe, die Mitglieder vor unbedachten Schritten zurückzuhalten. In einer von der Generalversammlung angenommenen Resolution wird gegen die brutale Behandlung, die Lohnabzüge etc. protestiert, den Arbeitern aber Ruhe anempfohlen, die Regierungen werden dagegen aufgefordert, den Nebelständen durch gesetzliches Eingreifen ein Ende zu bereiten. Nach Referaten und Debatten wurden Resolutionen angenommen, deren eine ein Reichsberggesetz, welches den Bergarbeiterchutz einheitlich für das ganze Reich regelt, verlangt, die andere fordert eine gesetzliche Reform des Knappschaftskassenwesens und eine dritte eine Verstaatlichung der Gruben. — Der Vorstand wurde beauftragt, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu machen. Von einigen angenommenen Anträgen sind erwähnenswert:

Invaliden und Bergleute über 50 Jahre können nicht Mitglieder des Verbandes werden. — Ueber-tretende Mitglieder anderer Gewerkschaften erhalten sofort alle Rechte, sofern sie in ihrer früheren Organisation sechs volle Monatsbeiträge leisteten. — Wer dem christlichen Gewerksverein der Bergleute mindestens sechs Monate angehört, braucht beim Uebertritt in den Verband kein Eintrittsgeld zu zahlen. — Für Saargebiet-Lothringen ist ein ständiger besoldeter Verbandsbeamter zur Vertreibung der Agitation anzustellen. — Unsere Presse soll ihre streng gewerkschaftliche Haltung beibehalten. Als Vorsitzender wird Sachse gewählt, als zweiter Schröder, die übrigen Personen in ihre bisherigen Ämter. Die nächste Generalversammlung soll in Zwickau stattfinden.

Hierauf tagte der internationale Kongress.

Die **Porzellanarbeiter** hielten ihre Generalversammlung in Berlin ab in Anwesenheit von 43 Delegierten. Der Verband hat in 138 Zahlstellen 8295 männliche und 288 weibliche Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist in den letzten Jahren herabgegangen, hat sich aber in diesem Jahre bereits wieder gehoben. Auch das Vermögen hat sich vermindert von 140 449,67 Mk. im Jahre 1899 auf 101 660,26 Mk. im Jahre 1901. Hierzu kommt noch der Beihilfsfonds mit 21 386,12 Mk. Dieser Rückgang des Vermögens wird weniger auf die Krise wie auf die zu hoch bemessenen Unterstützungen zurückgeführt, sind doch die Unterstützungen von 53 728 Mk. auf 92 744 Mk. gestiegen. Gegen die Berichte gab's verschiedene Einwendung, so namentlich gegen die Taktik des Vorstandes bei Lohn-differenzen; nach längerer Debatte wurde sodann mit 17 gegen 14 Stimmen die Taktik des Vorstandes gutgeheißen. Beschlossen wurde, permanente statistische Erhebungen zu veranstalten über die Löhne der Mitglieder; ein weiterer Antrag, eine die gesamten Berufsverhältnisse umfassende Statistik vorzunehmen, wurde dem Vorstand überwiesen. Die Eintheilung des Verbandes in Gaue und die Anstellung besoldeter Gauleiter wurde abgelehnt, desgleichen eine Reihe anderer Anträge. Besonders Interesse für uns hat die beschlossene Klassifizierung der Beiträge. Darnach ist jedes Mitglied ver-

pflichtet, sich seinem Verdienst entsprechend zu versichern und zwar bei einem Durchschnittsverdienst bis 8 Mk. in die 4 Mk.-Unterstützungstufe, Beitrag 10 Pf. 8—12 „ „ 6 „ „ 20 „ 12—15 „ „ 8 „ „ 25 „ 15—18 „ „ 10 „ „ 30 „ 18—21 „ „ 12 „ „ 35 „ über 21 „ „ 14 „ „ 40 „

Für männliche Mitglieder soll der Beitrag mindestens 25 Pf., für Lehrlinge und weibliche mindestens 10 Pf. betragen. Die Zahlstellenverwaltungen sollen am Schlusse des Jahres den Jahresverdienst der einzelnen Mitglieder feststellen und daraus den Wochenbeitrag für das laufende Jahr berechnen. Die Unterstützungen sollen bei Arbeitslosigkeit gewährt werden:

nach 1-jähriger Mitgliedschaft bis zu 6 Wochen	= 8
„ 2 „ „ „ „ „ „ „	= 10
„ 3 „ „ „ „ „ „ „	= 12
„ 4 „ „ „ „ „ „ „	= 14
„ 5 „ „ „ „ „ „ „	= 16

Das Prämiensystem, wonach Mitglieder, die dem Verband mehr als fünf oder zehn Jahre angehören, Extraausstattung erhalten, wurde beibehalten. Der den Zahlstellen verbleibende Prozentatz von den Beiträgen wurde von 15 auf 8 Prozent herabgesetzt. Der Sitz des Verbandes bleibt wie bisher, die Personen der Verbandsleitung wurden wiedergewählt.

Die **Steinarbeiter** tagten in Leipzig. Anwesend waren 42 Delegierte. Der Kasseeinstand betrug am Jahreschluß 43 019 Mk. gegen 42 859 Mk. im Vorjahr. Für Streiks wurden verausgabt im vergangenen Jahre 64 229 Mk., für Reiseunterstützung 14 966, für Unterstützung Gemäßregelk 2052, Umzugskosten 368, für Gerichtskosten und Rechtsschutz 1032 Mk. Auch hier wurden in nahezu zweitägigen Debatten vorwiegend gegen die Taktik der Verbandsleitung erhoben, deren Ergebnis die Einsetzung einer Kontrollkommission war, die neben den Verbandstagen die oberste Instanz der Organisation sein soll. In einer angenommenen Resolution wird der Vorstand beauftragt, vor jedem Kongress eine Berufsstatistik vorzunehmen. Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt wegen der zur Zeit ungünstigen Verhältnisse, dagegen wurde die Einführung einer Krankenunterstützung beschlossen, ferner soll für die Arbeitslosenunterstützung an Stelle der Kilometerberechnung die Gewährung von Tagegeldern treten und zwar pro Tag mit 60 Pf. auf die Dauer von 60 Tagen. Für die Beitragszahlung werden zwei Klassen geschaffen mit 40 beziehungsweise 50 Pf. Wochenbeitrag; in die ersten kommen diejenigen, welche 20 Mk. und darunter pro Woche verdienen, in die zweite die höher Entlohnten. Der Verband führt fortan den Titel: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Der Kongress erklart sich mit der Beamtenversicherung einverstanden. Der Sitz des Verbandes wurde von Rixdorf nach Leipzig verlegt.

Die **Böttcher** hielten ihre neunte Generalversammlung in Braunschweig ab. Erschienen waren 33 Vertreter. Es fanden 71 Streiks statt, die eine Ausgabe von 46 547,88 Mk. bedingten. Die Mitgliederzahl stieg von 4339 in 100 Zahlstellen im Jahre 1898 auf 6193 in 146 Zahlstellen im Jahre 1901. Unterstützung an reisende Kollegen wurde in 10 368 Fällen in Höhe 17 848,96 Mk. gezahlt. Die Einnahme vom 1. Januar 1897 bis 31. Dezember 1901 betrug 221 317,46 Mk., die Ausgabe 204 927,54 Mk., so daß sich ein Ueberschuß von 16 389,92 Mk. ergibt. Bei dem Bericht über die Presse gab es diverse Ausfahrungen, die sich schließlich zu mehreren Anträgen verdichteten, nachdem aber sämtlich abgelehnt wurden. Nach lebhafter Debatte wurde mit 23 gegen 11 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Von Seiten der Organisation soll dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress eine Beschwerde darüber zugehen, daß der Brauerverband ihm die Mitglieder abjagen trachte.

Die **Handelsgesellen und -Gehtinnen** waren in Halle mit 14 Delegierten zur Generalversammlung vertreten. Die Mitgliederzahl ist von 665 im Jahre 1899 auf 1652 im Jahre 1902 gestiegen. Der Verband habe eine Verschmelzung mit dem Lagerhalterverband angebahnt, was aber von letzterem als verfrüht abgelehnt worden sei. Die Einnahmen in den letzten zwei Jahren bezifferten sich auf 21 737,37 Mk., die Ausgaben auf 18 223,41

Mark. Am 31. Dezember 1901 war ein Kassenbestand von 5803,12 Mk. vorhanden.

Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Rosenow über den Stand der Sozialreform im Handels- und Gewerbe wurde eine Resolution angenommen, in welcher kaufmännische Schiedsgerichte im Ausschluß an die Gewerbegerichte, Schaffung einer Handelsinspektion nach Art der Gewerbeinspektion, Abschaffung der Konkurrenzklause und reichsgesetzlicher Achtuhr-Geschäftsschluß und 36 stündige Sonntagsruhe gefordert werden. Beklagte wurde, daß die Genossenschaften und Konsumvereine so wenig den Nachweis des Verbandes benützen.

Die **Lichtdrucker** hielten unter Weisheit des Vorsitzenden des Steindruckerverbandes ihre erste Generalversammlung in Berlin ab, die von 15 Delegierten besucht war.

Beschlossen wurde, sich dem Verbands der Steindruckers und Lithographen anzuschließen. Eine Zentralkommission, die in Berlin ihren Sitz hat, soll die Agitation unter den Lichtdruckern betreiben, einen eigenen Nachweis haben und für die Schaffung des Neunstundentags und Regelung der Lehrlingsfrage (auf fünf Gehilfen ein Lehrling) wirken.

Die **Isolierer und Rohrumhüller** Deutschlands hatten eine Konferenz, welche in Hannover abgehalten wurde und aus sechs Orten besucht war. Sie setzte ein aus 12 Paragraphen bestehendes „Regulativ“ fest. Darnach nennt sich die Organisation „Freie Vereinigung der Isolierer und Rohrumhüller Deutschlands“, deren Geschäftsleitung von fünf Personen besorgt wird mit dem Sitz in Berlin. Als Organ wurde „Die Einigkeit“ anerkannt.

Korrespondenzen.

Arbeitsangebote von der Firma Schmidt & Schubert in Wattencheid i. W. sind nicht anzunehmen.

Hamburg. In unserer Mitgliederversammlung vom 24. Mai war folgende Tagesordnung zu erledigen: Kartellbericht, Wahl eines Kassiers und Arbeitsnachweisleiters, Stellungnahme zur Urabstimmung, Vereinsangelegenheiten. — Den Kartellbericht gibt Vorsk. Da die Delegierten sehr häufig sowohl im Kartell wie auch in unseren Versammlungen fehlen, wird ein Antrag Dostahl, in der nächsten Versammlung neue zu wählen, angenommen. Schlegel macht der Versammlung bekannt, daß heute eine Anzahl Liniierer anwesend seien, welche beabsichtigen, unserem Verband beizutreten. Er drückt den Wunsch aus, daß sie sich bei uns wohl fühlen mögen. — Als Kassier unserer Zahlstelle wird sodann Rippe mit 31 Stimmen gewählt. Schlegel gibt im Namen der Revisionskommission die Erklärung ab, daß die Revisoren entgegen dem Beschluß in voriger Versammlung nicht zur Kassierangelegenheit hinzugezogen worden seien. Kassier erwidert hierauf im Namen des Vorstandes, daß die Teilnahme der Revisoren an dem Rücktritt des bisherigen Kassiers nichts geändert hätte und eine erneute Sitzung zwecklos gewesen wäre. Die Führung des Arbeitsnachweises wird Hoppe übertragen, während zum Schriftführer Wendt mit 41 Stimmen gewählt wird. — Beim Punkte „Urabstimmung“ entwickelt sich eine längere Debatte, in der Grimm und Küster für die Beantwortung der Frage mit Ja eintreten. Schlegel und Vorsk. plaidieren in längeren Ausführungen für die Existenzberechtigung der Portefeullerorganisation und kommen zu dem Schlusse, daß die Beantwortung der Frage, ganz gleich, ob mit Ja oder mit Nein, entweder keine Aenderung des bestehenden Zustandes oder neue Nutzträglichkeiten herbeiführen würde. Deshalb sei das Beste, die Stimmzettel weiß abzugeben. Gumbt verurteilt die geschäftigen Angriffe Schlegels gegen den Verbandsvorstand. Schlegel weist diesen Vorwurf zurück und erklärt, daß ihm jede Geschäftigkeit fernläge. — Grimm fragt an, ob die Generalkommission in der letzten Sitzung des Gewerkschaftsausschusses sich zu unserer Stellungnahme zur Beamtenversicherung geäußert habe. Küster glaubt, daß unser Vertreter im Gewerkschaftsausschuß nicht verpflichtet sei, einen Bericht über die Sitzungen desselben zu geben, er könne aber mitteilen, da er in Vertretung zugegen war, daß die Auserkennung im „Korrespondenzblatt“ nicht von der Generalkommission, sondern lediglich vom Redakteur des „Korrespondenzblattes“ herrühren.

Steglitz. Am 21. Mai fand unsere Monatsversammlung statt. In Abwesenheit des Vorsitzenden leitete Göhny die Versammlung. Zunächst hält Gerber ein kurzes Referat über die Staffelbeitragsfrage. Er erläutert in eingehender Weise die Ursachen und Begründungen der Staffelbeitragsfrage und kritisiert die Artikel in der „Buchbinder-Zeitung“, die diese Frage behandelt haben. Referent warnt vor den Schritten ins Ungewisse und fordert die Anwesenden auf, wenn sie vor die Entscheidung gestellt würden, die Sache abzulehnen. Da sich in der Diskussion niemand zum Wort meldet, nimmt der Vorsitzende an, daß sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklären.

Spießgardt berichtet über die unternommene Berufstätigkeit. Zur Zeit sind ungefähr 86 Berufsangehörige in Steglitz, davon 36 weibliche und 50 männliche. Der Zahlstelle gehören als Mitglieder an 13 weibliche und 28 männliche. Richtig als Kommissionsmitglied theilt mit, daß diese Statistik auf absolute Richtigkeit keinen Anspruch machen könne. Er bittet daher, die Sache nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern weiter auszubauen.

Die Abrechnung vom Stützungszeit gibt Kollegin Genehr. Die Einnahme belief sich auf 48,45 Mk., die Ausgabe auf 49,10 Mk., somit ein Defizit von 0,65 Mk. Die Dechargeabteilung wird bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Ferner wird beschlossen, am Sonntag den 15. Juni einen Familienausflug nach Dahlem zu machen. Treffpunkt Nachmittags 2 Uhr bei Träger, Schützenstr. 40. Abmarsch präzis 2 1/2 Uhr über den Fichteberg nach Dahlem. Gäste willkommen. Außerdem wird angeregt, Ende Juli eine größere Partee zu veranstalten.

Leipzig. Die Portefeuller-, Galanterie- und Stützarbeiter hielten am 24. Mai ihre monatliche Mitgliederversammlung ab, in welcher hauptsächlich über die Urabstimmung gesprochen wurde. Kraus hielt ein Referat, in dem er in ausführlicher Weise die Gründung des Portefeullerverbandes, sowie die Einigungskonferenz, die im Dezember v. J. in Frankfurt stattfand, schilderte. Ferner weist er darauf hin, daß der Vorstand der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Buchbinderverbandes eine Verträuensmännerversammlung einberufen wird, damit über die Urabstimmung debattiert werden kann. Er wünscht, daß sämtliche Mitglieder den Fragezettel mit Ja beantworten und der Buchbinderverbandsvorstand seinen Protest auf dem Gewerkschaftskongreß zurückziehe. Freische sieht den Grund der Einigungskonferenz im Hanauer Stützarbeiterstreik, nach seiner Meinung müßte eine reinliche Scheidung zwischen Portefeullern und Buchbindern vorgenommen werden. Auch müßte auf dem Fragezettel mindestens die Frage stehen: „Soll der Protest des Deutschen Buchbinderverbandes zurückgezogen werden?“ Dieser Ansicht treten die meisten Kollegen entgegen; dadurch die Abstimmung, zu Gunsten des Portefeullerverbandes, der Deutsche Buchbinderverband einige kleinere Zahlstellen verlieren würde und die jahrelange Arbeit theuer bezahlen müßte. Auch steht es nicht im Einklang mit der in der Februarversammlung von den meisten Mitgliedern angenommenen Resolution und sei eine reinliche Scheidung der Branchen sehr schwierig, da viele Mitglieder heute als Portefeuller, morgen als Buchbinder in Arbeit stehen. Zum Schluß der Debatte fordert Kraus nochmals auf mit Ja zu stimmen, da es doch noch dahin kommen könnte, daß sich Buchbinderverband und Portefeullerverband zusammen vereinigen müßten. Unsere Parole sei bis dahin: „Getrennt marschieren und vereint schlagen!“ Auch geben sich die Mitglieder der Hoffnung hin, daß sämtliche Zahlstellen des Deutschen Buchbinderverbandes die weitere Aufnahme der Portefeuller befürworten.

In einem Briefe des Bevollmächtigten der Zahlstelle Göhny wird ersucht, dort nicht in Arbeit zu treten. Da aber niemand über diese Angelegenheit Auskunft geben konnte, so wird dem Vorgang daselbst keine Bedeutung beigemessen. (Wenn einer so äußerst wichtigen Sache von den sie zunächst Interessierenden so wenig Bedeutung und Beachtung entgegengebracht wird, dann ist es allerdings kein Wunder, wenn die Göhnyer mit Streikbrechern, unter denen sich auch welche aus Leipzig befanden, überlaufen werden. Ueber die Angelegenheit Anhöck & Co. könnte doch wohl Jeder durch die „Buchbinder-Zeitung“ unterrichtet sein. D. H.) Ueber

die bevorstehende Statutenänderung des Leipziger Gewerkschaftskartells kann keine Auskunft erteilt werden, weil eine Zusendung noch nicht erfolgt ist. Auf die Anregung eines Kollegen, mindestens ein Exemplar der „Buchbinder-Zeitung“ zu abonnieren, erklärt der Bevollmächtigte des Portefeullerverbandes, daß dies bereits geschehen sei. Nachdem noch das Resultat der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongreß bekannt gegeben und auf die statistischen Erhebungen des Deutschen Buchbinderverbandes, die für 25 Pf. zu haben sind, hingewiesen worden war, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen. Der schlechte Besuch aber bei einer so wichtigen Tagesordnung ist durchaus nicht förderlich für unsere Bestrebungen.

Krefeld. In der am 25. Mai abgehaltenen Generalversammlung wurde zunächst der Austritt des Kollegen Jung erwähnt. Hierauf gab Bauer den Geschäftsbericht, welchem wir folgendes entnehmen: Im 1. Quartal fanden eine General-, drei Mitgliederversammlungen und drei Vorstandssitzungen statt. Eine Versammlung mußte wegen schwachen Besuchs ausfallen. In derselben ließen sich jedoch vier Kollegen der Firma Worms & Lüttgen aufnehmen. Der Mitgliederstand beträgt 49 männliche und 3 weibliche, insgesammt 52 Mitglieder.

Gover gab den Kassenbericht wie folgt: Einnahmen der Verbandskasse 215,25 Mk., Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung 25,25 Mk., an Orte behalten 20 Prozent der Beiträge gleich 42,65 Mk., verbleiben 147,35 Mk., welche an die Zentralkasse abgeandt wurden. Einnahmen der Lokalkasse inkl. Bestand vom vorigen Quartal 211,64 Mk., Ausgaben 73,66 Mk., verbleibt ein Bestand von 137,98 Mk.

Bauer erstattete einen ausführlichen Kartellbericht. Brunen wünscht zu einer öffentlichen Versammlung einen unserer Delegierten vom Gewerkschaftskongreß zu gewinnen; er hält es für sehr angebracht, die Kollegen mal aufzurütteln. Köhler vertritt sich mehr von Werkstübchenbesprechungen, damit die verschiedenen Mängel, hauptsächlich Tarisdurchbrechungen, wieder ans Tageslicht kämen. Zum Beispiel arbeiten bei Casaretto Verschiedene unter dem festgesetzten Lohnfuß. Gover regt an, den Herren Prinzipalen ein diesbezügliches Schreiben zuzuschicken und dieselben an ihr feiner Zeit gegebenes Versprechen zu erinnern. Bauer ist auch der Ansicht, daß eine Werkstübchenbesprechung von genannter Firma nutzbringend sein wird. Ferner wurde beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen. Ueber die Anregung, die Versammlungen wieder alle 14 Tage stattfinden zu lassen, entspann sich eine rege Diskussion. Brunen ist der Ansicht, daß es schon nötig ist wegen der besseren Geschäftskonjunktur, öfters zusammen zu kommen, um unter den Kollegen Fragen von Bedeutung besser erörtern zu können. Gover kann sich für 14-tägige Versammlungen nicht sehr begeistern; dieselben würden nach wie vor schlecht besucht, ebenfalls würde es einen komischen Eindruck machen, die Versammlungen bald monatlich, bald 14-tägig stattfinden zu lassen. Köhler plaidiert ebenfalls für monatliche Versammlungen, wenigstens dieselben noch ein Vierteljahr versuchsweise so weiterzuführen; sollte sich jedoch das Material häufen, so kann der Vorstand eventuell eine Extraversammlung einberufen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bauer macht sodann auf die „Sozialistischen Monatshefte“ aufmerksam. An dieser Zeitschrift arbeiten erste Kräfte. Diese Hefte sollen aus der Lokalkasse angeschafft werden und unter den Kollegen zirkulieren. Ebenfalls sollen 50 Stück des „Wertbüchlein“ gekauft und unter den Kollegen verteilt werden. Ein Antrag Köhler, dem Kassier ein Mantogeld zu bewilligen, wurde angenommen und die Höhe desselben auf jährlich 10 Mk. festgesetzt. Gover spricht hierfür seinen Dank aus und will sich bemühen, auch fernschin fehlerfrei zu rechnen, damit am Jahresluß das Mantogeld der Klasse wieder zugeführt werden kann. Gleichzeitig stellt er den Antrag, einem hilfsbedürftigen Kollegen bei der Arbeitslosenunterstützung eine kleine Zulage aus der Lokalkasse zu gewähren, da speziell hierzu die lokale Extrasteuer erhoben wird. Diese Zulage in Höhe von 2 Mk. mündlich wurde einstimmig bewilligt. — Zu dem bevorstehenden Kommerz will Grönhoff aus Glesfeld die Festrede halten. — Hier-

auf wurde die von 13 Mitgliedern besuchte Generalversammlung geschlossen.

Strasbourg i. Els. Zu der am 24. Mai stattgefundenen Versammlung waren sämtliche Mitglieder schriftlich eingeladen, aber leider glänzte die größte Zahl durch Abwesenheit, trotzdem die Tagesordnung reichhaltig und sehr wichtig war. Obgleich der hiesige Schriftführer nichts weiter zu thun hat als die Protokolle zu schreiben und hier und da einmal einige Einladungen zu hektographieren, so hielt es doch wieder sehr schwer, den Posten zu besetzen, bis sich Kollege Fels dazu bereit erklärte.

Zabel gab einen ziemlich ausführlichen Bericht vom elsäß lothringischen Gewerkschaftskongress in Colmar. Auf den Bericht hier näher einzugehen, halte ich für überflüssig, da in Nr. 20 unseres Organs unter Rundschau die wichtigsten Beschlüsse schon bekannt gegeben sind.

Ueber die Urabstimmung hatte Zabel ein Referat ausgearbeitet und bedauerte derselbe sehr, daß so wenig Mitglieder erschienen sind und Interesse daran zeigen. Er schilderte die ganze Bewegung des Portefeuillerverbandes seit seinem Bestehen, sowie die Frankfurter Konferenz und ihre Beschlüsse. Er kritisierte das vom Verbandsvorstand unterbreitete Memorandum und kam auf die Verhältnisse der Portefeuille Leipzigs, Berlins, Erlangens und Münchens zu sprechen. Er resumirte seine Ausführungen dahin, daß die Portefeuille seit Bestehen unserer Organisation zu uns gehört haben und auch fernerhin in unsere Organisation aufgenommen werden sollen, denn durch eine Zerplitterung unserer Organisation sei nichts zu erzwingen, sondern nur durch immer festeren und stärkeren Zusammenschluß. Deshalb empfahl er den Kollegen, die Urabstimmung mit „Ja“ zu beantworten. In der hierauf stattfindenden Diskussion sprachen sich die Kollegen Reich und Kochersperger in demselben Sinne aus.

Kochersperger erstattete den Bericht vom Gewerkschaftsartikel, wonach die Zentralkommission von Elsaß-Lothringen neu gebildet und hoffentlich jetzt von ihr mehr zu erwarten ist. Sobann führte Kollege Reich Klage über den gegenwärtigen geringen Mitgliederbestand und fragte an, welchem Umstand dies zuzuschreiben sei; er meinte, man müsse mehr agitieren und Adressen von uns fernstehenden Kollegen sammeln. Von mehreren Kollegen wurde ihm erwidert, daß in dieser Sache nichts unversucht gelassen worden sei; wir haben es versucht mit Festlichkeiten, Vorträgen, Werkstubeversammlungen, mündlicher Agitation, Verbreitung der Agitationschriften „Rathgeber“ und „Mahnruf“. Die Bemühungen des Vorstandes, Adressen zu erlangen, waren ergebnislos, jetzt noch sollen die Adressen vom Jahre 1900, wo betreffs der Bewegung oftmals die Aufforderung, erging, eintreffen. Die mündliche Agitation soll die beste sein, und soll es uns nicht abhalten, immer wieder von Neuem zu agitieren, denn einmal muß doch die Saat auf guten Boden fallen.

Den Kollegen und Kolleginnen von Strasbourg möchte ich noch besonders ans Herz legen, daß jeder seinen Nebenkollegen und Kollegin auf den Zweck und Nutzen unserer Organisation aufmerksam macht, und daß Jeder an dem großen Werk mitarbeitet, und nicht die ganze Arbeit von einzelnen Mitgliedern ausführen läßt. Denn wenn jeder Einzelne seine Kraft und Wissen in den Dienst der Organisation stellt, dann wird es auch uns ein Leichtes sein, eine von den besten Zahlstellen zu sein. Agitiert auch recht fleißig für zahlreichen und pünktlichen Besuch der Versammlungen, der Vorstand wird dafür Sorge tragen, daß in Zukunft lehrreiche und wissenschaftliche Vorträge auf die Tagesordnung kommen. Zeigt, daß auch Ihr einmal ein Interesse an dem Aufbau unserer Zahlstelle habt. Lasset doch mal die Klimbinvereine beiseite und tretet mehr für unsere Organisation ein, welche für die Verbesserung eurer Lage eintritt. Nur vor gut besuchten Versammlungen ist es den Referenten möglich, begeistert zu sprechen. Lasset doch einmal den Gedanken schwinden, daß es nur mit dem Beitragszahlen allein gethan ist. In die Versammlungen müßt Ihr kommen, um Euch weiter auszubilden und die vielen Mißstände, die in unserem Beruf noch vorherrschen, zur Sprache zu bringen, damit dieselben abgeschafft werden. Dann ist es dem Vorstand auch möglich, besser zu arbeiten.

Rundschau.

* Von der Firma Helbold in Braunschweig. Die lehtigen angekündigten Maßnahmen der hiesigen Buchbinderinnung gegen den Kartonnagenfabrikanten Helbold wegen seiner Behrlingszüchtereie sind ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Trotzdem Helbold freiwilliges Mitglied der Zwangsinnung ist, konnte er nicht gezwungen werden, sich den Bedingungen, die in Betreff der Zahl der Behrlinge bestehen, zu unterwerfen. Krasser kann der durch das Handwerksgesetz dem Kleingewerbe gewährte „Schutz“ wohl nicht illustriert werden. Ihre Ohnmacht hatten die Meister auch schon vor ihrer Versammlung eingesehen und gedachten die Angelegenheit einfach totzuschweigen. Diese Absicht wäre auch gelungen, wenn nicht einer unserer Verbandskollegen den Herren einmal gehörig den Text gelesen hätte und dadurch den Oberinnungsmeister zu einer Erklärung veranlaßt hätte. — Bei Helbold ist sonst die Situation unverändert. Für den Geist einiger kleinerer Kartonnagenherzeuger, die sonst über Helbolds Schmutzkonzurrenz gewimmert haben, ist es sehr bezeichnend, daß dieselben jetzt Arbeiten für die Firma anfertigen.

* Großer Brandschaden in einer Buchbinderei. In der Nacht vom 24. zum 25. Mai brach in der Altkleinbuchbinderei vormals J. A. Barthel Feuer aus. Die Ursache konnte nicht ermittelt werden, doch soll das Feuer in der Männergarderobe ausgebrochen sein. Der Schaden beläuft sich insgesamt auf etwa 100 000 Mk., woran drei Feuerversicherungsgesellschaften beteiligt sind, insofern daß zwei Buchhändler ihre Lagerarbeit selbst versichert hatten. In der Hauptsache sind gepreßte Decken und gebundene Bücher vom Feuer ergriffen worden. Arbeitsverlust haben nur die Schnittmacher und zwar auch nur zwei Tage gehabt, sonst ist der Betrieb nicht gestört worden.

* Diplom, aber kein Minimallohn. Wie uns mitgeteilt wird, soll der Hofbuchbindermeister Kraushaar in Stuttgart einem seiner Ausgelernten, der die Gesellenprüfung bestanden und die ihm ein Diplom eingebracht hat, 9 Mk. Wochenlohn zahlen. Das sollte doch dem Königl. Hofbuchbindermeister auch bekannt sein, daß der Minimallohn für Ausgelernte nach dreijähriger Lehrzeit in Stuttgart beinahe das Doppelte beträgt.

* Rußlands Büchereinfuhr aus Deutschland ist im Jahre 1901 gegenüber dem Vorjahre bedeutend zurückgegangen. Im Jahre 1900 wurden für 1 804 000 Rubel Bücher, Bilder und Karten von Deutschland nach Rußland eingeführt, dagegen 1901 nur für 1 239 000 Rubel. Diese Verringerung in der Einfuhr von Büchern hängt mit der 1901 erlassenen Verfügung zusammen, wonach im Ausland in polnischer oder russischer Sprache gedruckte Bücher zollpflichtig wurden.

* Das schlechte Wetter und die Ansichtskarten. Die geringe Zahl der diesjährigen Pfingstgäste in der Sächsischen Schweiz läßt sich am deutlichsten aus der stark verminderten Summe der benutzten Ansichtskarten beurtheilen. Das kaiserliche Postamt zu Schandau erhielt zum Beispiel nur den dritten Theil Ansichtskarten zur Beförderung wie am vorjährigen Pfingstfest.

* Die Berliner Holzarbeiter führen nun schon seit etwa 12 Wochen einen Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Tischlerinnung. Während sich die Holzarbeiter bisher damit begnügt hatten, den Nachweis zu meiden und die Entlassungsscheine zurückzuweisen, drängen viele Mitglieder darauf hin, durch Arbeitsniederlegung die Tischlermeister zu zwingen, vom Innungsnachweis keine Gesellen zu beziehen. In einigen Werkstätten kam es aus den angeführten Gründen bereits zum Streik. In weiteren Werkstätten konnte die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes ein gleiches Vorgehen nicht gestatten, da man sich an die von der Vertrauensmännerversammlung beschlossene Taktik halten mußte. An Unterstützung derjenigen Mitglieder, die den Innungsnachweis nicht benutzen in Folge dessen keine Arbeit erhielten, sind in den 11 Wochen 46 300 Mk. ausgezahlt worden. Der größte Theil dieser Summe ist durch Extra-

beiträge aufgebracht worden. Die Meister suchen in auswärtigen Zeitungen Arbeitskräfte.

* Die Straßenbahnangestellten in Stuttgart sind in den Ausstand getreten. Sie fordern in der Hauptsache eine 10 stündige Arbeitszeit, Mehrbezahlung der Ueberstunden, Aufbesserung der Gehälter, jede Woche einen freien Tag etc. Die Direktion hat jede Vermittlung, sogar die des Ministeriums des Innern, in prohenhafter Weise abgelehnt. Der Betrieb ruhte an einigen Tagen vollständig, jetzt wird versucht, einige Arbeitswillige im Fahren einzutreiben. Große Erbitterung herrscht im Publikum und die Arbeitswilligen bekommen keine Schmeichelworte zu hören. Auch zu Zusammenstößen der Polizei mit dem Publikum ist es gekommen, bei denen sich die Polizei, abgesehen von einigen Einzelfällen, im Allgemeinen sehr anständig verhielt; es gab in den Abendstunden zahlreiche Verhaftungen. Hier, wie feinerzeit beim Straßenbahnerausstand in Berlin, kommen zwei gänzlich untheilgelte Parteien, Publikum und Schutzleute, in Kollision durch die Schuld einer prohenhaften Kapitalistenfippe.

* Arbeitersekretariat und Oberlandesgericht. Die Revision des Bentheuer Arbeitersekretärs Dr. Winter gegen das Urtheil des Breslauer Landgerichtes ist vom Oberlandesgericht verworfen worden. Ueber die Erklärungen des Grafen Posadowsky im Reichstag setzte sich das Revisionsgericht mit der Behauptung hinweg, der Staatssekretär habe nur über die geschäftliche Seite der Gewährung von Rechtshilfe an die Arbeiter, nicht aber von der gewerksmäßigen Seite gesprochen, die der Vorderriechter ohne Rechtsirrtum festgestellt habe. Der Senat müsse darnach als Thatsache annehmen, daß das Bentheuer Arbeitersekretariat auch gewerksmäßig thätig sei. — Wir befreiten entschieden, daß diese Behauptung einer gewerksmäßigen Thätigkeit des Bentheuer Arbeitersekretariats den Thatsachen entspricht und daß die daraus gefolgerten Verpflichtungen auf dieses anwendbar seien. Da im Uebrigen der Justizminister die Staatsanwaltschaften und der Minister des Innern die Polizeibehörden angewiesen hat, eine Strafverfolgung in solchen Fällen, wo Angestellte gewerkschaftlicher Vereinigungen gegen festes Gehalt in den Auskunftsstellen dieser Vereinigungen Muth in Rechtsangelegenheiten ertheilen, nicht zu veranlassen, da auf diese die Bestimmungen des § 35 der G.-D. nicht Anwendung finden.

Fragekasten.

Auf die in voriger Nummer erfolgte Anfrage, wie zahlgelbe Flecke auf ausgezogenen Photographien zu vermeiden sind, wird uns verschiedentlich mitgeteilt, daß das ausschließliche auf unfauberen und sauren Kleister zurück zu führen ist. Vorzicht beim Aufziehen von Photographien ist geboten, da einige dazu verwendeten Papiere besonders empfindlich sind.

Abänderungen im Adressverzeichnis.

Adressen der Gaubevollmächtigten.
Gau XVII. Bayerische Regierungsbezirke Niederbayern, Oberbayern und Schwaben,
Gauvorort München: H. Schumacher, München, Dachauerstraße 118, Rgb. III.

Abänderung im Verzeichniß der Reiseunterstützungs-Auszähler.
Hamburg. A. Restaurant „Karlsburg“, am Fischmarkt. B. Hoppe; von 2—8 und 7—8 Uhr. (Auch lokale Unterstützung.) Ml. 24 Mk. Az. 9 St.
Kiel. Z. Wilms; Kleiner Kuhberg 35 II I; Abends von 7 1/2—8 1/2 Uhr; Sonntags von 9—10 Uhr. (Auch lokale Unterstützung.) Dl. 17—18 Mk. Az. 10 St.
Ludwigshafen a. Rh. Z. Andreas Riß; Dammstraße 19 IV; von 12—1 1/2 Uhr. (Auch lokale Unterstützung.) Ml. 21 Mk. Az. 9 1/2 St.
Rußla i. Th. Z. Valentin Hoff; Dornsenberg 25; von 12—1 und 7—8 Uhr. (Auch lokale Unterstützung.)

Briefkasten.

P. J. in St. Nach sechs Wochen einen Bericht zu bringen, hat keinen Werth, die darin geschilderten Verhältnisse haben sich längst überlebt. Eine schnellere Berichterstattung müssen sich die Schriftsteller schon angewöhnen.
M. L. in L. Das Gesagte bringe ich nicht, es scheint mir notwendiger, dem Herrn Kollegen, der sich solche Behandlungsweise gefallen läßt und auf solchen

Vergleich eingeht, den Text zu lesen. Auch die Warnung vor diesem Meister ist verfehlt; es wäre nur zu wünschen, er käme mal an den Unrechten.

H. F. in B. Wenn Sie bestrebt sind, durch kleine Zuschriften das Interesse für die dortigen Differenzen wach zu halten, so halte ich das für äußerst lobenswert. Ich wünsche nur, es folgten bei gleichen Umständen Viele Ihrem Beispiele. Besten Gruß.
L. L. 1. Ja. 2. Ein Kollege aus Köln.

An die Mitglieder des Gaues XVII.

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß Unterzeichnete vom Gauvorort München vorgeschlagen und vom Verbandsvorstand unterm 31. vorigen Monats bestätigt, den Gauvorstand übernommen haben. Wir bitten nun die Mitglieder, auch den jetzigen Gauvorstand in seinen Arbeiten unterstützen zu wollen. Der Agitation werden wir unser Hauptaugenmerk zuwenden; dieses aber durchgreifend betätigen zu können, macht sich eine Besprechung der beteiligten Orte notwendig; erst auf Grund eines genau gegebenen Situationsbildes wird es möglich sein, mit unserer Agitation vorwärts zu kommen. Diesbezügliche Vorschläge werden den Bevollmächtigten respektive Vertrauensleuten in Kürze zugehen.

Des Weiteren bitten wir die Bevollmächtigten und Vertrauensleute wie Einzelmitglieder alle an sie gelangende Briefe oder Sendungen, wo eine Rückführung notwendig, selbe thunlichst zu beschleunigen, damit keine merklichen Störungen im Gau eintreten.

NB. Alle Korrespondenzen wie Sendungen bitten wir nur an bezeichnete Adresse des Gauvorsitzenden zu richten.

Mit kollegialem Grusse

Der Gauvorstand

H. A.: Hans Schumacher,
Dachauerstraße 113, Rückgb. 3. Stock
bei Loiper.
Kegel, Kempte,
Weißger.

Erklärung.

Die Zahlstelle Krefeld macht den zum Gau X gehörenden Zahlstellen bekannt, daß von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert worden ist, die diesjährige Zusammenkunft am zweckentsprechendsten in Düsseldorf stattfinden zu lassen. Hiermit erklären wir uns vollkommen einverstanden und nehmen somit die von uns ergangene Einladung zurück, indem wir hoffen, dadurch den Zahlstellen resp. Kollegen entgegenzukommen.

Die Verwaltung der Zahlstelle Krefeld.

Zur gefälligen Beachtung! Für die laufende Nummer bestimmte Einfendungen sollen spätestens Dienstag früh der Redaktion zugegangen sein. Nur Annoncen können noch bis Dienstag Mittag Berücksichtigung finden.

Anzeigentheil.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 7. Juni, Abends 7/9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Gßlingerstraße

Mitglieder-Versammlung.

354] Tagesordnung: [2.10

1. Der bevorstehende Gewerkschaftskongress. Referent: Kollege A. Dietrich.
2. Ergänzungswahl zum Zahlstellenvorstand.
3. Gewerkschaftsbericht.
4. Verschiedenes und Fragekasten.

Sonntag den 8. Juni, Vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Gßlingerstraße

Vertrauensmänner-Sitzung.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch den 11. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal I, Engel-Ufer 15

Mitglieder-Versammlung.

353] Tagesordnung: [1.40

1. Vortrag.
2. Abrechnung vom Stiftungsfest.
3. Abrechnung von der Matinee.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Das Erscheinen der Mitglieder erwartet

Die Ortsverwaltung.

**Buchbinderei,
mit oder ohne Ladengeschäft,**

wird gegen Baarzahlung zu kaufen gesucht.

Gefällige Offerten unter **B. St.** an die Expedition dieser Zeitung erbeten. 356] [0.90

Zuf verkaufen!

360.] [2.00

Eine seit 38 Jahren bestehende, maschinell vollständig eingerichtete **Buchbinderei**, mit ständiger fester Kundschaft, Laden und anstoßendem Arbeitsraum, in bester Geschäftslage Stuttgarts, eventuell mit Haus. Das Geschäft kann auch ohne Haus allein übernommen werden. Werth der Einrichtung und Waarenlager circa 8000 Mark. Gefällige Offerten unter „Schwaben“ an die Expedition dieser Zeitung.

Wetterfeste Filz- u. Lodenhüte
(Keine Regentropfen sichtbar!)
empfiehlt äußerst billig [1.40
E. Schneckenburger,
361.] Gewerkschaftsbütmacher,
Stuttgart, 20 Rothebüßstraße 20.



Achtung! Berlin. Achtung!

Album-Arbeiter!

Montag den 9. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15

Oeffentliche Versammlung

der in den Albumfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

359] Tagesordnung: [2.50

1. Die soziale Lage der Arbeiterinnen und ihre Mittel zur Hebung derselben. Referentin: Frau Lieh.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen und namentlich der Kolleginnen ersucht

Der Einberufer.

Ladenlokal zu vermieten.

Am der verkehrsreichsten Straße der Stadt **Soest i. Westf.**, in der Nähe des Hauptbahnhofes, ist ein geräumiges **Ladenlokal** zu vermieten. Dasselbe eignet sich wegen der Nähe zweier Schulen ganz besonders für ein **Buchbinder-, Buchhändler- u. Papierwarengeschäft**, zumal in größerem Umkreise ein derartiges Geschäft nicht vorhanden ist.
Offerten unter **K. U. 7470** befördert **Rudolf Mosse, Köln.** 357] [2.80

Slomke's Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Begehrte, 356 Seiten geb. M. 1.20. In allen Buchhdl. zu haben od. gegen Eins. von M. 1.40 bei **G. Slomke's Verlag Bielefeld.** 358a] [1.20

Kaffee Schmale

(früher Kaffee Siebert)

Hauptverkehr der Buchbinder

355.] [1.60

Berlin, Sebastianstraße 42.

Kaffee 10 Pf. — Schulkaffee 10 Pf.

Warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Franz. Billard. — Große Auswahl Zeitungen.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein

Weiß- & Bayerisch-Bierlokal

nebst Vereinszimmer für 40 Personen und Franz. Billard. [2.00

Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt.

Gemüthlicher Aufenthalt. Telephon Amt 4 a 6591.

363] **Gustav Ladewig,**

Berlin, Kommandantenstraße 65,

Zahlstelle des Verbandes und der Hilfskassentasse.

Achtung!

Leipzig.

Achtung!

364]

Sonntag den 22. Juni 1902

[9.90

Grosses Sommer-Fest

verbunden mit dem

18. Stiftungsfest des Fachvereins

in sämtlichen Räumen des „Albertgarten“ zu L.-Anger,

bestehend in

Konzert, Tombola, Preisschiessen, Kinderspielen und Ball.

Bei eintretender Dunkelheit: Großes Brillant-Fenerwerk.

Eintlass 3 Uhr. Anfang 7/4 Uhr. Programme im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Tanz 50 Pf.

Programme sind bei sämtlichen Vertrauenspersonen zu haben.

Der Reinertrag fließt dem Arbeitslosenfonds zu.

Der Vorstand des Fachvereins.

Der Bevollmächtigte.